

Kostenexplosion zu erwarten

Aktuell gibt es in Österreich 458.000 Bezieher von Pflegegeld. Beginnend von Pflegestufe eins – 157,30 Euro im Monat –, reicht es bis 1688,90 Euro pro Monat. Was alle sieben Stufen gemeinsam haben: Der zugrunde liegende Pflegebedarf lässt sich realistisch bereits jetzt nicht mit diesen Beträgen bezahlen. Zudem lässt die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren eine Explosion der Pflegekosten erwarten. Mario Franzin

In der Praxis sieht es folgendermaßen aus: Zum Einen widmen Angehörige praktisch unentgeltlich ihr Leben der Pflege – meist Frauen, aber durchaus auch Männer. Zum Anderen setzt die Republik Österreich hinsichtlich billiger Pflegekräfte aus dem Ausland – vor allem den östlichen Nachbarstaaten – praktisch alles an relevanten Gesetzen außer Kraft, die sonst penibelst einzuhalten sind. Um den Anschein zu wahren, dass das System noch funktioniert und leistbar ist. In zweiwöchigem Turnus werden Frauen durch Osteuropa gekarrt, die bei den zu Pflegenden Kost und Quartier erhalten und einen Lohn, der rechnerisch weniger als drei Euro pro Stunde beträgt. Warum man dennoch dafür Personen findet liegt daran, dass die Kinder der Pflegerinnen zumeist in der Heimat von Angehörigen betreut werden und die österreichische Familienbeihilfe beziehen. Damit ist außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung ein fragiles System entstanden. Sollte der Versuch mit der Kürzung der Familienbeihilfe gelingen, dann wird es unmittelbar zu einem Pflegenotstand kommen – und zu einer Kostenexplosion. „Die Reparatur wird ein Vielfaches von dem kosten, was die Republik meint, durch die Kürzung einzusparen“, meint dazu KR Rudolf Mittendorfer, im Pflegebereich spezialisierter Versicherungsmakler und langjähriger Standesvertreter in der Wirtschaftskammer. Wobei es so oder so nicht unlimitiert lange gelingen wird, mit Ost-Arbeitskräften die Versäumnisse in der Pflegepolitik zu kaschieren.

Seit vielen Jahren wird in Österreich – vor allem von der privaten Vorsorgeindustrie – von der drohenden Altersarmut gesprochen. Bei einer durchschnittlichen

Alterspension von 1400 Euro (brutto für Männer, Frauen deutlich weniger) kann das keine besondere Übertreibung sein. Dennoch wird vom offiziellen Österreich, wie auch von der Arbeiterkammer, regelmäßig betont, dass „die Pensionen gesichert seien und alles andere Panikmache von Versicherungen und Banken sei, die Geschäft machen wollten“. Dabei wird regelmäßig negiert, wie schlimm die Erwartungen angesichts der demografischen Entwicklung tatsächlich sind.

DÜSTERE MITTEL- BIS LANGFRISTIGE PROGNOSE

Österreich hat – wie die meisten Industriestaaten – seit dem Pillenknick Mitte der 60er Jahre eine stark negative Geburtenrate. Zuvor gab es noch Geburtsraten von 2,4 bis 2,65. Das waren die sogenannten Babyboomer von 1955 bis 1965, die jetzt beginnen, in Pension zu gehen. Heute liegt nun die Rate bei rund 1,4 Kindern. Notwendig wäre

eine Rate von 2,1, um eine Bevölkerung stabil zu halten. Bisher wurde dieses „Leck“ durch Zuzug verdeckt, aber damit ist es angesichts des politischen Bebens nach der Flüchtlingskrise 2015 wohl vorbei. Im Gegenteil, wir schieben sogar gut integrierte Familien ab, sogar Lehrlinge in Mangelberufen werden gegen Widerstand der örtlichen Gemeinschaft und der Wirtschaft außer Landes gebracht. Das ist nicht nur eine humane Katastrophe, sondern vielmehr ein ökonomischer Schuss ins Knie.

Es ist bekannt, dass in Österreich der Eintritt ins Erwerbsleben durchschnittlich mit 23,5 Jahren erfolgt. Zuvor gibt es Kindergärten, Schule, Lehre, Studien... also Zeiten, in denen die Gemeinschaft in die jungen Menschen investiert, damit diese dann beginnen, das Umlagesystem zu erhalten. Bekanntlich scheiterte es bislang, das gesetzliche Pensionsalter im Einklang mit der steigenden Lebenserwartung hinaufzusetzen. Das heißt, ein immer grö-

^o DAS GESETZLICHE PFLEGEgeld

PFLEGESTUFE	PFLEGEbedarf/MONAT	MONATLICHER BETRAG
1	mehr als 65 Stunden	157,30 €
2	mehr als 95 Stunden	290,00 €
3	mehr als 120 Stunden	451,80 €
4	mehr als 160 Stunden	677,60 €
5	mehr als 180 Stunden + außergewöhnlicher Pflegeaufwand	920,30 €
6	mehr als 180 Stunden + zeitlich unkoordinierte Betreuungsmaßnahmen notwendig sind + die dauernde Anwesenheit von Pflegepersonal notwendig ist (24 h)	1285,20 €
7	mehr als 180 Stunden + keine zielgerichteten Bewegungen der Extremitäten möglich	1688,90 €

Quelle: VKI

Die Anzahl der Stunden des Pflegebedarfs wird im Rahmen einer Begutachtung durch einen Arzt oder eine Pflegefachkraft festgelegt. Das Pflegegeld wird 12-mal pro Jahr monatlich ausbezahlt. Während eines Spitals- oder Kuraufenthaltes ruht das Pflegegeld ab dem zweiten Tag.

„Es gibt nun die paradoxe Situation, dass die, die zuhause gepflegt werden, für alle Kosten selbst aufkommen müssen“



Rudolf Mittendorfer,
VERAG

ßerer Teil der Bevölkerung bezieht Leistungen von immer weniger Beitragszahlern. Dies ist ein Problem für die Altersversorgung, wird aber ein ungleich größeres für die Pflegeversorgung! Denn nicht nur gelten hier dieselben unumstößlichen demografischen Wahrheiten, die Einnahmen für die Pflege der älteren Bevölkerungsteile sind nämlich nicht nur zu gering kalkuliert, sondern mit Null!

FINANZIERUNG DER PFLEGE VÖLLIG UNZUREICHEND

Die gesetzliche Altersversorgung basiert auf dem sogenannten Umlagesystem. Die im Erwerbsleben Stehenden liefern Sozialabgaben ab, von denen Kranke, Arbeitslose und Pensionisten versorgt werden. Für Pflege gibt es, anders als etwa in Deutschland, keine Sozialversicherung, was mit entsprechenden Beiträgen verbunden wäre. Vielmehr wird die Pflege rein aus Steuermitteln der Länder und des Bundes finan-

ziert (siehe Kasten unten). Die einzig bekannte „Einnahme“ zur Pflege war der Pflegeregress. Zuletzt bestanden noch drei Formen des Pflegeregresses: der Regress auf das eigene Einkommen des zu Pflegenden (Einkommens-Regress); jener auf dessen Vermögen (Vermögens-Regress) und jener auf das Einkommen des Ehepartners. Der verhasste Kinder-Regress ist inzwischen auch in den letzten Bundesländern abgeschafft. Somit wurde und wird standardweise auf Einkommen aller Art und das erhaltene Pflegegeld zugegriffen, um die Kosten von stationärer Pflege zu begleichen. Da das meistens nicht reicht, schlug spätestens beim Ableben der „Vermögens-Regress“ zu, d.h. der Staat holte sich, was ging, aus dem Erbe zurück. Und genau dieser letztere Regress am Vermögen des Gepflegten wurde im Vorjahr in einem Beinahe-Allparteienbeschluss des Nationalrats mit großem Getöse abgeschafft und als große soziale Tat abgefeiert. Tatsächlich ist der Stopp des Ver-

mögens-Regresses ein weiteres Beispiel für die vielfach kritisierte Umverteilung von unten nach oben. Denn mit dem Verzicht verbleiben die gesamten offenen Kosten beim Steuerzahler! Von einem Beitrag der Vermögenden – keine Spur.

Völlig außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung blieb auch, dass der viel bedeutendere Einkommens-Regress, aber auch der tatsächlich gesellschaftlich bedenkliche Partner-Regress, für stationäre Pflegekosten weiterhin besteht. Und für die ambulante Pflege wurde gar nichts unternommen, was unverständlich und absurd ist. Denn nicht nur ist diese ungleich billiger – hier befindet sich auch der überwiegende Teil der gepflegten Personen, nämlich 400.000 Österreicherinnen und Österreicher.

Es gibt nun die paradoxe Situation, dass die, die zuhause gepflegt werden, für alle Kosten selbst aufkommen müssen (bzw. auch der Ehepartner), während die teurere stationäre Pflege zumindest das Vermögen ▶

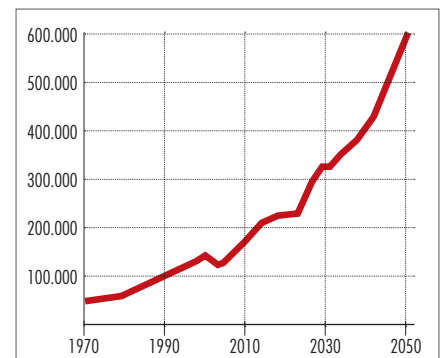
o KOSTENENTWICKLUNG FÜR BUND UND LÄNDER

JAHR	PFLEGEgeld (BUND)	PFLEGEDIENSTLEISTUNGEN (GEMEINDEN)
2015	2,5 Mrd. €	2,0 Mrd. €
2025	2,8 Mrd. € (+12 % seit 2015)	2,9 Mrd. € (+48 % seit 2015)
2050	4,2 Mrd. € (+67 % seit 2015)	2,9 Mrd. € (+360 % seit 2015)

Quelle: Wifo

Die Pflegegeldkosten des Bundes machten 2015 2,5 Milliarden Euro aus, Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes werden es 2025 etwa 2,8 Milliarden sein und 2050 bereits 4,2 Milliarden – ein Plus von 67 Prozent! Noch schlimmer stellen sich die Pflegedienstleistungen der Länder und Gemeinden dar. 2015: 2,0 Milliarden Euro, 2025: 2,9 Milliarden Euro, 2050 jedoch 9,0 Milliarden – ein Plus von 360 Prozent! Diese Zahlen erscheinen insofern realistisch, da die steigende Lebenserwartung gut zu berechnen ist. Der Großteil der später zu Pflegenden ist längst auf der Welt – und lebt dann entsprechend länger (siehe auch Grafik rechts, wie stark die Anzahl der über 85-Jährigen in Österreich steigen wird – Stichwort Babyboomer).

ANZAHL DER PERSONEN VON 85 UND MEHR JAHREN IN ÖSTERREICH



Demografie: Bis 2050 dürfte sich die Anzahl der über 85-Jährigen beinahe verdreifachen.

Quelle: Wifo

nicht mehr belastet. Fast alle Beobachter haben aber einen wesentlichen Parameter übersehen: Pflege ist in Österreich eine Sozialleistung und Förderung ohne Rechtsanspruch und nur im budgetierten Rahmen verfügbar! „Das eigentliche Nadelöhr ist nicht der Regress – sondern genau jene Förderung, die überhaupt erst regressiert werden kann. Wer die Förderung nicht bekommt, bezahlt sich alles selbst und hat von der Abschaffung eines Pflege-Regresses überhaupt nichts!“, so Mittendorfer.

Diejenigen, die stationär gepflegt werden und die Förderung für stationäre Pflege aufgrund der Sozialkriterien und Sozialprüfung erhalten, sind daher durch die Abschaffung des Pflege-Regresses massiv begünstigt. Es liegt auf der Hand, dass aus dieser Schiefelage sofort ein (ungewollter) Lenkungseffekt entstand. Die durchschnittliche Zunahme der Anmeldungen für Pflegeheime stieg um fast 20 Prozent. Dieser „Schatteneffekt“ des unüberlegten Wahlzuckerls führt bereits zu längeren Wartezeiten und bringt das bisher stabile System der Heimplätze massiv unter Druck. Neue Heimplätze und zusätzliches Pflegepersonal sind aber nicht vorhanden – im besten Fall ließe sich dieses Defizit in drei bis vier Jahren ausbügeln. Dazu wären aber erhebliche öffentliche Mittel notwendig, welche budgetär weder vorhanden sind, noch ein politischer Konsens zur Bereitstellung besteht.

ALTERNATIVEN ERARBEITET

Auch die Arbeiterkammer hat sich in einer Studie mit dem Pflegeethema beschäftigt und festgestellt, dass es immer weniger Anbieter privater Pflegeversicherungsprodukte gibt. Von einer privaten Pflegevorsorge wird aber im gleichen Atemzug ohnehin abgeraten. Dafür werden „Pflege-Bauspardarlehen“ als Lösung genannt. Die Weltabgewandtheit solcher Vorschläge ist mitunter schon beängstigend. Zu Recht wurde in der Studie hingegen festgehalten, dass die bestehenden Angebote nicht ausreichen, um die Vollkosten für 24-Stunden-Pflege (stationär wie ambulant) abzudecken. Was alle diese Untersuchungen nicht zeigen, ist die Wechselbeziehung von Angebot und Nachfrage.



Stationäre Pflege wurde durch die Abschaffung des Pflege-Regresses massiv begünstigt.

Nachdem private Pflegevorsorgen aktiv kaum nachgefragt werden und auch der Vertrieb lahm, gibt es für die Versicherungsindustrie keinen Grund, besonders leistungsfähige Produkte zu kreieren.

„Die Hauptbetroffenen der neuen Rahmenbedingungen sind im gehobenen Mittelstand zu finden, dem durch den einseitigen Eingriff der Politik ohne Gesamtkonzept jede Sicherheit in eine staatliche Pflegevorsorge genommen wurde“, so Marcel Mittendorfer, der gerade für die größte Gruppe von Betroffenen in Österreich, die Angehörigen der Freien Berufe, eine entsprechende private Gruppen-Versicherungslösung gestaltet hat. Im Auftrag des Dachverbandes der Freien Berufe Österreichs (Ärzte, Anwälte, Wirtschaftstreuhänder etc.) konnte die Kanzlei VERAG Veselka-Mittendorfer-Wanik eine Eigenvorsorgelösung so gestalten, dass die privat Pflege-Versicherten quasi wie aus der Krankenversicherung bekannt zum Selbstzahler im Pflegefall werden – unabhängig von Sozialprüfung und Förderungszusagen und mit der selbstbestimmten Wahl zwischen ambulanter und stationärer Pflege.

Nach jahrelangen Vorarbeiten akzeptieren drei Versicherungsanbieter dieses neue Leistungsniveau. VERAG-Geschäftsführer Marcel Mittendorfer: „Im Maximalfall – bei Pflegestufe 7 und stationärem Aufenthalt – stehen inkl. staatlichem Pflegegeld von 1700 Euro zu einer Leistung von knapp 9000 Euro pro Monat. Damit wird man auch in exklusiven privaten Pflegehäusern das Aus-

langen finden.“ Ein Anstellen um staatliche Förderungen und freie Pflegebetten in öffentlichen Häusern fällt für solcherart versicherte Personen weg. Die Fokussierung der VERAG auf die Freiberufler hat noch einen anderen Grund. „Natürlich würden wir gerne für alle ÖsterreicherInnen entsprechende Produkte anbieten, aber zurzeit ist die Nachfrage nach derartigen Lösungen einfach bei jener Bevölkerungsgruppe am stärksten, die bei Pflegebedürftigkeit am stärksten betroffen ist. Das sind eben einkommensstärkere Berufe, wo häufig auch gewisse Vermögenswerte bestehen und wo durch den weiterhin bestehenden Einkommens- und Partnerregress ganze Familien plötzlich aus scheinbar gesicherter Existenz in reale Notsituationen kommen können.“ Denn: Was nützen ein Einkommen oder eine Pension von hohen 8000 Euro pro Monat, wenn die Pflegekosten 7000 Euro betragen, stellt Mittendorfer selbst die entscheidende Frage.

„Zuvor lebte vielleicht eine vierköpfige Familien sehr gut von diesem Betrag, dann geht alles für die Pflege auf und die Familie fristet ein Leben am Existenzminimum“ – fügt Seniorsgesellschaftler Rudolf Mittendorfer hinzu und ergänzt aus 40-jähriger Vermögensberaterstätigkeit: „Ein Bausparvertrag mag ja eine nette Sache sein, aber damit, und mit einem Darlehen, löst man kein Pflegeethema.“ Vielmehr brauche es einen leistungsstarken und verlässlichen Partner, der wirklich „lebenslang“ in der Lage ist, die versprochenen Leistungen zu erbringen. Und das könne nur eine Versicherung sein. Unter www.freie-berufe.co.at können Interessierte bequem am eigenen PC eine Musterberechnung für sich und die Angehörigen machen. Die Protagonisten verstehen sich in diesem Zusammenhang als „Pioniere, Wegbereiter und Produktschmiede“ und nicht als exklusive Anlaufstelle: Vielmehr können unabhängige Makler frei auf alle drei Angebote zugreifen, Angestellte und Agenten auf die jeweiligen Produkte ihrer Häuser. Sicherheit im Alter und bei Pflegebedürftigkeit erfordert jedenfalls zeitgerechte professionelle Beratung – das steht fest. ◀